

Rheinblick

Liebe Ingelheimer,

dem Zeitgeist folgend haben wir uns entschlossen, Sie zukünftig in unregelmäßigen Abständen mit unserem R(h)einblick über unsere Ziele und die Ingelheimer Politik zu informieren.

Der Titel unseres Infobriefes soll dabei bewusst ein Wortspiel sein. Ebenso bewusst haben wir das Symbol des Bismarckturms als Bestandteil unseres Logos gewählt. Lassen Sie mich die Hintergründe kurz darstellen. Den Bismarckturm verstehe ich seit meiner Jugend als das Wahrzeichen für alle Ingelheimer Stadtteile. Er ist von allen Stadtteilen zu sehen und so kann sich jeder an ihm erfreuen. Auch in Zeiten, als die Stadtteile noch stärker „lokalpatriotisch“ aufgestellt waren, war der Bismarckturm für alle Stadtteile ein emotionales Bindeglied. Ein solches, allerdings politisches, Bindeglied wollen wir ebenfalls mit unserer Wählergruppe für Ingelheim sein.

Vom Bismarckturm hat man einen wunderschönen Rheinblick und der Beobachter hat auch den ungetrübten Reinblick über ganz Ingelheim. Beide Sichtweisen ergeben dann den besten Einblick in die Ingelheimer Verhältnisse. Nichts Anderes wollen wir mit unserem R(h)einblick für die Ingelheimer Bürger erreichen.



Schön wäre es, wenn viele dann den Durchblick bekämen!

Ihr
Hans-Werner
Klose



Ob ganz- oder halbtags, Kinder fühlen sich wohl im KGH Ober-Ingelheim

Das Kindergemeinschaftshaus (KGH) in Ober-Ingelheim muss bestehen bleiben

Die geplante Umstrukturierung und die damit einhergehende Auflösung des KGH (Kindergemeinschaftshauses) Ober-Ingelheim ist ein weiteres Zeugnis kopfloder Planung der Ingelheimer Verwaltung. Geplant ist, eine neue Einrichtung in der Georg-Rückert-Straße (Neue Mitte) zu bauen, in die das KGH teilweise umziehen soll. Hier soll dann zwischen der Präsident-Mohr-Schule und dem Hort ein städtischer Fahrdienst eingerichtet werden. In das bestehende Haus am Ober-Ingelheimer Marktplatz soll der katholische Kindergarten St. Michael einziehen, da sich die bisher genutzten Gebäude in der Justus-von-Liebig-Straße als abbruchreif darstellen. In der neuen Einrichtung in der Stadtmitte können und wollen aber nicht alle Kindergarten- und Hortkinder aufgenommen werden. Diese sollen dann auf verschiedene andere Hortplätze in bestehende oder noch zu entwickelnde Einrichtungen aufgeteilt werden. Völlig zu Recht formiert sich da-

her der massive Protest aktiver und ehemaliger KGH-Kinder und -Eltern. Unsere Kinder, die demnächst 18 Jahre werden, gehörten zu einem der ersten Jahrgänge,

KGH mit vorbildlichem Konzept

die das KGH besucht haben. Das Konzept des KGH stimmt und hat uns schon damals überzeugt.

Ganz- oder halbtägige Betreuung mit enger Bindung an die Präsident-Mohr-Schule und gemeinsamen Projekten. Liebevoller, qualifizierte Betreuung, soziales Lernen der unterschiedlichen Altersgruppen voneinander. Das Haus gehört in puncto Konzept, Ausstattung und Führung zu einer der „Vorzeigeeinrichtungen“ in Rheinland-Pfalz. Die Anmeldezahlen belegen Jahr für Jahr aufs Neue, dass Eltern und Kinder dem guten Ruf folgen, den das KGH mit seinem langjährig bestehenden Team innehat.

Fortsetzung nächste Seite

Das KHG muss bestehen bleiben

Fortsetzung von Seite 1

Hinzu kommt, dass die steigende Zahl der Anmeldungen von Schul- und Hortkindern zeigt, dass ein wachsender Bedarf an Ganztagsbetreuung besteht.

Von der Elternseite wird es als sehr beruhigend angesehen, dass der Hort fußläufig von der Schule erreichbar ist, gerade wenn der Unterricht nicht planmäßig verläuft. Nicht die Nähe zum Arbeitsplatz der Eltern entscheidet über die Hortwahl, sondern die Nähe zu

Fahrdienst ist keine Lösung

Schule und Wohnort. Einen Fahrdienst zwischen Schule und Hort in der Georg-Rückert-Straße, wie er derzeit von den Entscheidungsträgern angedacht ist, wird niemand überzeugen.

Als Gemeinschaft starten die Hortkinder des KHGs in die Schulzeit. Wie wichtig und lehrreich war es für unsere Kinder, gemeinsam mit ihren Klassenkameraden Hausaufgaben zu machen und sich gegenseitig zu bestärken. Teilt man die Hortkinder, wie geplant, nun in drei verschiedene Einrichtungen mit jeweils zehn bis 15 Kindern auf, wird das die gewachsene Gemeinschaft zerstören. Die städtisch organisierte Hausaufgabenbetreuung an der Grundschule ist für Eltern oftmals keine Alternative, da sich die Arbeitszeiten nicht mit den Öffnungszeiten der Grundschule decken.

Es drängt sich nun die Frage auf, warum? Hofft man, mit der Errichtung eines neuen KHGs in der geplanten „Neuen Mitte“ auf Eltern, die das Ergänzungszentrum beleben? Ein Kindergemeinschaftshaus gehört nicht in die Stadtmitte! Ein Kindergemeinschaftshaus gehört in die Nähe von Wohnung und Schule!

Wir fordern daher entschieden, den Verbleib und das Bestehen des KHGs Ober-Ingelheim in seiner jetzigen Form am jetzigen Ort. Wir wünschen uns die bestmögliche Förderung des katholischen Kindergartens St. Michael an einem noch zu findenden Standort.



Antje Heinrichs
(Mutter von vier Töchtern zwischen 6 und 17 Jahren).

Naherholungsgebiet in Ingelheim-West muss erhalten bleiben!

Die von der CDU propagierte Verbindungsstraße von Gau-Algesheim nach Ingelheim südlich der Bahnlinie nützt eher und vornehmlich Gau-Algesheimer Interessen, als den Bürgerinnen und Bürgern in Ingelheim West. Außerhalb der CDU war an einer solchen Verbindungsstraße bis dato von keiner Seite Interesse und Bedarf zu vernehmen. Es wird von der CDU im Wahlkampf versprochen, den optimalen Lärmschutz an dieser Verbindungsstraße, insbesondere entlang der westlichen Bebauungsgrenze von Ingelheim zu verwirklichen. Dies weckt Erinnerungen an den von der CDU abgelehnten Lärmschutz an der L428 neu für den Bereich der südlichen Hammergasse und Im Brühl, da hier nach Messungen die Emissionsgrenzwerte zwar fast erreicht, aber nicht überschritten werden. Wir befürchten, dass, wenn diese Verbindungsstraße von der CDU durchgesetzt wird, wiederum aus Angst vor Präzedenzfällen dann ebenfalls keine, über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehenden, Lärmschutzmaßnahmen erfolgen. Die westlichen Anlieger der Magdeburger Straße wären damit, wie bereits die Bürgerinnen

und Bürger in der südlichen Hammergasse und Im Brühl, letztendlich die Dummen und müssen mit der zusätzlichen Lärmbelästigung leben.

Die Binger Straße hat mit dem neuen Ausbau jetzt einen sogenannten Flüsterbelag erhalten. Damit wurde einer früheren Forderung der Anlieger Rechnung getragen. Zudem sind zukünftig Verkehrsbelastungen in diesem Bereich zu erwarten. Durch die geplante Verlegung des Tores 1 der Firma Boehringer Ingelheim an die östliche Werksgrenze (Konrad-Adenauer-Straße) wird der Zulieferverkehr mit Lkw über die Binger Straße zukünftig entfallen.

Im Fazit halten wir eine Zerstörung des Naherholungsgebietes von Ingelheim-West südlich der Bahnlinie und der dortigen Natur für vollkommen unnötig.

Wolfgang Weitzel



Wer hat hier seltsame Auffassungen zur Demokratie Frau Petra Harth-Meyer?

Frau Harth-Meyer ließ sich in der letzten Ausgabe in „Der Rotweinstadt“ über unsere Praxis der Abstimmungsfreiheit der gewählten Vertreter im Stadtrat aus. Starke Sprüche wie „Verlässlichkeit ist gefragt“ und „Demokratie heißt auch Mehrheitsentscheidungen zu respektieren“ rechtfertigen nach ihrer Ansicht, die parteipolitische Verpflichtung, dass jedes einzelne Stadtratmitglied der SPD (übrigens gilt dies für alle Parteien im Stadtrat, außer für uns) gemäß dem Abstimmungsergebnis in ihrer Fraktionssitzung zu votieren haben. Egal, ob es von der Richtigkeit der zugrunde liegenden Entscheidung überzeugt wurde oder nicht.

Nun sieht es aber unsere demokratische Rechtsordnung vor, dass die vom Volk gewählten Vertreter nur ihrem eigenen Gewissen und nicht etwa ihrer Fraktion gegenüber verantwortlich sind. Wenn man noch dazu weiß, dass Politik in den großen Parteien in den Händen von einigen wenigen liegt, dann ist der Frak-

tionszwang ein Instrument, unliebsame Kritiker in den eigenen Reihen mundtot zu machen. Damit wird der gewählte Volksvertreter zum „stimmrechtlosen Befehlsempfänger“ der eigenen Fraktion degradiert.

Der Landeswahlleiter erklärt den Wählern in seinem Leitfaden (Kommunalwahlen in Rheinland Pfalz, das sind Persönlichkeitswahlen) das Prinzip, dass durch „kumulieren“ und „panaschieren“ die „Person vor Partei“ gewählt wird. Ein Fraktionszwang kehrt dieses Prinzip nach der Wahl jedoch eindeutig um!

Ja, liebe Wählerinnen und Wähler, entscheiden Sie doch bitte jetzt selbst, wer hier das seltsame Demokratieverständnis hat. Wir, die wir das Wahlsystem und den Willen des Wählers respektieren, indem wir unsere Ratsmitglieder keinem Abstimmungszwang unterwerfen oder diejenigen, die dies tun und dabei noch laut tön, dass sie die besseren Demokraten seien.

Hans-Werner Klose



Geschönte Bildanimation der Betonklötze (Titelbild der Broschüre des Investors)

Mutation – vom Ergänzungszentrum zur „Neuen Mitte“

So einfach ist das! Eben wird das ganze (Un)gebilde noch als Ergänzung zum Zentrum gepriesen. Und schon ist es zur „Neuen Mitte“ mutiert. Es soll die Innenstadt beleben, die Kaufkraft in der Stadt halten, Aufenthaltsqualität für den Bürger bringen und nicht zuletzt den bestehenden Einzelhandel in Ingelheim fördern. Das Ganze deshalb, weil diese Konzeption angeblich Magnetwirkung auf das Umland haben soll.

Dieser Idee hat man das noch gar nicht so alte Haus der Jugend geopfert. Man nimmt viel Geld in die Hand um die In-

Überteuerte Tiefgaragenparkplätze

vestoren zu unterstützen, in dem man für eine Tiefgarage weit über dem Herstellkostenpreis den Nießbrauch erwirbt. Außerdem erließ man Veränderungssperren, die die Interessen von bereits in Ingelheim investierten Grundstückseigentümern zugunsten der neuen Investoren HBB mit geradezu äußerster Brutalität missachteten. Die Folge war, dass Mietobjekte Leerstand zu verzeichnen hatten, die bei den Eigentümern zu hohen Einnahmeverlusten führten.

Gutachten, die den Neubau im Ergebnis eher skeptisch in Ihrer Auswirkung für Ingelheim betrachten, wurden durch wissenschaftlich und handwerklich fragwürdige Gegengutachten als falsch und als Gefälligkeitsgutachten abgetan.

Warnungen von uns in der Stadtratsitzung vom April 2008, dass der Neubau des Ergänzungszentrums den festgesetzten Bereich in der Störfallverordnung

tangiert, wurden als nicht zutreffend bezeichnet. Bereits Ende Oktober 2008 hat Boehringer dann diese Beeinträchtigung ihrer Interessen in der Beteiligung der Öffentlichkeit im Zuge des Bebauungsplanes angemeldet. Unbeirrt davon wurden die Verhandlungen mit dem Investor HBB/Molitor weitergeführt.

Die bis zu diesem Zeitpunkt falsch informierten Gremien wurden auch weiter nicht über die geänderte Situation unterrichtet. Dies geschah erst im Mai 2009, als im Bau- und Planungsausschuss eine mit Boehringer zu treffende Vereinbarung vorgestellt wurde, die sozusagen die Bedenken von Boehringer zum Bau des Ergänzungszentrums durch die Gewährung von Alternativplanungsmöglichkeiten ausräumen. Dies wäre sicherlich kein Problem, wenn nicht im Zuge dieser Vereinbarung die Interessen der Grundstückseigentümer, deren Grundstücke um das Boehringer Werksgelände herumliegen, erhebliche Nutzungseinschränkungen hinnehmen müssen.

Klar ist festzustellen, dass zugunsten des Ergänzungszentrums wiederum die Interessen von Ingelheimer Bürgern nicht berücksichtigt werden bzw. ihnen Nachteile ohne Wertausgleich zugemutet werden.

Wir wollen die Stadtmitte mit kleinteiligen, an den Bedürfnissen der Ingelheimer ausgerichteten, Geschäften beleben. Die Einzelinvestoren sollten durch städtische Förderprogramme (wurde leider durch den Stadtrat mehrheitlich abgelehnt) stimuliert und motiviert werden, diese Vorhaben anzugehen. Der

sicherlich notwendige und wünschenswerte Frischemarkt sollte nach unserer Intention entweder in das modernisierte Marktzentrum oder in die Karlspassage (Neubau) angesiedelt werden. Die Rentabilität hätte über die Höhe der Miete im Sinne des Anforderungsprofils der Marktbetreiber gezielt erreicht werden können.

Beide Standorte sind sowohl mit dem PKW als auch sehr gut fußläufig, insbesondere für unsere Senioren, erreichbar. Alle diesbezüglich unsererseits im Stadtrat eingebrachten Anträge wurden ohne

Baugrundstücke verlieren an Wert

tieferer Prüfung durch die Ergänzungszentrumsbefürworter abgebügelt.

Letzter Stand vom 11. Mai 2009 der GfK Geo Marketing (vollständiges Gutachten auf www.liste-klose.de):

Das Ergänzungszentrum wird zwar die Innenstadt attraktiver werden lassen, die überörtliche Anziehungskraft und Verbleib der Kaufkraft in Ingelheim wird bezweifelt. Hinzu käme die Negativentwicklung in Bezug auf die bisherigen Einzelhandelsgeschäfte in der Innenstadt.

Wir glauben, dass die Bebauung unseres Filetstücks mit einer Kultur- und Kongresshalle, der Ansiedlung des WBZ an dieser Stelle und der Bau eines Hotels in unmittelbarer Nachbarschaft die für Ingelheim notwendige und mögliche Belebung bringen werden und dann auch die verstärkte Ansiedlung von Handel und Dienstleistung nach sich ziehen.

Hans-Werner Klose



So Nicht! Radfahrer auf der falschen Seite der Konrad-Adenauer-Straße

Mehr Sicherheit für Radfahrer

Am 12. Mai diesen Jahres wurde die Umsetzung der aktualisierten Radwegenetzplanung im Ingelheimer Stadtrat beschlossen. Ziel jeder Radwegeplanung sollte immer ein bequemes und sicheres Radfahren sein.

Deshalb sind auch in der aktualisierten Radwegenetzplanung u. a. nachfolgende Punkte als Grundlagen festgeschrieben:

- Erhöhung der Verkehrssicherheit an Konfliktpunkten
- Beseitigung von Barrieren, die den Radverkehr behindern
- Ausbau von überörtlichen Radwegeverbindungen

Basierend auf diesen Grundlagen sollen für Ingelheim exemplarisch einige Mängel und Möglichkeiten der Verbesserung genannt werden:

1 Radweganbindung zur Rheinwelle. Bereits vor der Eröffnung der Rheinwelle wurde eine Radweganbindung gefordert. Ausgehend vom B-41-Kreisel existiert ein Wirtschaftsweg in naturbelassenen Zustand, der zunächst parallel an der B41 zum Mitfahrerparkplatz und anschließend parallel der L419 direkt zum Kreisel an die Rheinwelle führt. Der radfahrgerechte Ausbau sollte schnellstmöglich erfolgen.

2 Radweg an der Konrad-Adenauer-Straße. Laut Gesetz ist immer „der rechte Radweg“ zu benutzen. In der Konrad-Adenauer-Straße sind oft Radfahrer auf der falschen Straßenseite zu beobachten. Dadurch entsteht ein hohes Unfallpotenzial für die östlich der Straße liegenden Ausfahrten (Arbeitsamt, Autohaus Senger etc.). Deshalb wäre es notwendig, Querungshilfen für die Radfahrer (und Fußgänger) anzulegen.

3 Einrichtung von 30-km-Zonen. Vor einiger Zeit wurde die Einrichtung von 30-km-Zonen in ganz Ingelheim beschlossen. Leider fehlt es immer noch an der Umsetzung. Auch die Mainzer Straße sollte komplett bis zum Ortsausgang mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km verkehrssicherer gemacht werden. Im Gegenzug könnte Radverkehr entgegengesetzt zur Einbahnstraße zugelassen werden.

4 Hinweisschilder am Rhein-Radweg Basel – Amsterdam. Der Hauptradweg Basel – Amsterdam ist ein hochfrequentierter Radweg. Zwischen Heidesheim und Bingen-Gaulsheim ist die Beschilderung allerdings nur sehr dürftig, hier gäbe es die Möglichkeit auf Ingelheimer Gastronomiebetriebe und Sehenswürdigkeiten hinzuweisen. *Erwin Menk*

Vormundschaft für Grundstückseigentümer

Das Bundesimmissionsschutzgesetz hat die europäischen Regelungen der Seveso-Richtlinie übernommen. Durch die hier festgelegten Abstände ist eine Bebauung in diesem Umfeld reglementiert.

Durch diese Regelungen wird die geplante Bebauung an der Georg-Rückert-Straße tangiert. Zur Lösung dieses Problems verhandelt die Verwaltung mit der Firma Boehringer einen Städtebauvertrag, der für beide Seiten Festlegungen trifft. Mit diesem Vertrag wird der Firma Boehringer Ingelheim langfristig eine Planungsgrundlage zur Verfügung gestellt.

Bei den Beratungen zu diesem Vertrag hat die Liste Klose FBI – Freie Bürgerliste Ingelheim, das Problem der eingeschränkten Nutzung der Grundstückseigentümer in diesem Abstandsbereich aufgegriffen. Die aktuelle Fassung des Vertrages sieht vor, dass Grundstückseigentümer bei einer Nutzungsänderung oder bei baulichen Veränderungen auf Ihrem Grundstück, auch wenn diese entsprechend des gültigen Bebauungsplans vorgenommen werden, aufgrund dieses Vertrages eine Ablehnung von der Bauaufsicht erhalten. Für unsere Frak-

Beschlüsse durch unnötige Eile

tion ist die Zukunftssicherung der Firma Boehringer sehr wichtig, kann aber nicht zulasten von Bürgern unserer Stadt erfolgen, die in diesen Abstandsbereich liegen.

Bei der Beratung dieses Punktes im Bau- und Planungsausschuss hat unsere Fraktion nicht teilgenommen, da die von uns bei der Vorstellung des Vertrages geforderten ergänzenden Unterlagen nach zwei Wochen freitags vor der am darauffolgenden Dienstag stattfindenden Sitzung per Post zugestellt wurden. In dieser kurzen Zeit über das Wochenende konnten wir keine Fraktionssitzung durchführen, um alle Aspekte des Vertrages zu prüfen und gegebenenfalls Lösungsvorschläge zu machen.

Unser Antrag um Verschiebung dieses Punktes auf die nächste Sitzung zur Gewährung einer ausreichenden Beratungszeit wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt. Durch diese unnötige Eile wurden und werden Regelungen beschlossen, die nach Auffassung der Liste Klose FBI – Freie Bürgerliste Ingelheim, unausgewogen sind und zu noch nicht in ihrer vollen Tragweite absehbaren Nachteilen vieler Bürger unserer Stadt führen.

Wolfgang Weitzel

Herausgehobene Ziele für die Wahlzeit 2009/2014

Liste Klose FBI – Freie Bürgerliste Ingelheim

- Belebung des Stadtzentrums mit Kultur, Bildung, Jugend, Besucher durch den Bau einer Kongress- und Kulturhalle, Verlagerung des Weiterbildungszentrums mit Musikschule in diesen Bereich, Angebote der Jugendarbeit und Ansiedlung eines Hotels
 - Eine Verbesserung der Attraktivität des Stadtbildes im Zentrum, mehr Handel, mehr Dienstleistung, mehr Gastronomie, mehr Lebensqualität durch eine effektivere Nutzung der städtischen Grundstücke
 - Erhalt des Ober-Ingelheimer KGH (Kindergemeinschaftshaus) in der bewährten und von der Elternschaft gewünschten Form und bestmögliche Förderung eines Neubaus des Kindergartens St. Michael
 - Ausbau des Bildungsangebotes in Ingelheim durch eine Internationale Schule und eine Internationale Bilinguale Montessorischule
 - Sichere und bezahlbare Energie in Ingelheim durch eine weitgehend vom Weltmarkt losgelöste Energieversorgung
 - Prüfung des Stadtbusbetriebes durch die Stadt und Einsatz von Kleinbussen beim Stadtbusverkehr zu verkehrsschwächeren Zeiten mit Ausweitung der Fahrzeiten in den Abendstunden
 - Schnellere Realisierung von infrastrukturellen Maßnahmen im Bereich der Verkehrsführung
 - Die effizientere Arbeit des Amtes für Wirtschaftsförderung durch eine zuständige Stelle für Wirtschaft, Tourismus und Kultur. Konsequente Nutzung aller Fördermöglichkeiten, Lobbyarbeit und Ausnutzung des einzigartigen Vorsprungs der Stadt Ingelheim: statt Sparbuch sinnvolle Zukunftsinvestitionen
 - Eine angemessene finanzielle städtische Vereinsförderung, insbesondere Förderung der vereinsseitigen Jugendarbeit
 - Stadtseitige Erhöhung der Standortattraktivität für Gewerbesteuerzahler
 - Einrichtung eines Bürgerbüros im Rathaus mit durchgehenden Öffnungszeiten
 - Da Ingelheim eine finanziell gesunde Stadt ist, hält die Wählergemeinschaft Liste Klose, Freie Bürgerliste Ingelheim die genannten Punkte für realisierbar. Pflicht der Stadt muss es sein, ihre gute Finanzausstattung zum Wohl aller Bürger zu nutzen – sinnvolle Zukunftsinvestitionen statt übertriebenem Sparen!
 - Mehrheitswillenorientierte Flurbereinigungsplanung in der Gemarkung Großwinternheim
 - Die Optimierung der Lärmschutzmaßnahmen an der neuen L 428
- Darüber hinaus setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass
- Alle stadtseitigen Verwaltungsvorschriften und -tätigkeiten auf ihre tatsächliche Notwendigkeit hin überprüft werden, die administrativen Ablaufprozesse konsequent vereinfacht und mit Höchstbearbeitungszeiten versehen werden
 - Die Ergebnisse der Ausarbeitung von ehrenamtlichen Bürgergremien zwingend durch Fachgutachten untersucht und weiter verfolgt werden
 - Städtische Aufträge bevorzugt dem Mittelstand mit regionaler Mitarbeiterstruktur und möglichst nicht an Generalunternehmer übertragen werden
 - Städtischer Straßenbau weg vom Flickwerk erfolgt
 - Die städtische Ressourcenvorhaltung auf die Aufgaben zu reduzieren, die nicht an Privatunternehmen übertragen werden können, ohne die Bürger zusätzlich zu belasten
- Ferner werden die Mitglieder der Liste Klose FBI – Freie Bürgerliste Ingelheim auf Ihren gewählten Ämtern innerhalb der Verwaltung sinnvolle, vernünftige Vorschläge gleich welcher Quelle unterstützen und an deren zeitnahen Realisierung aktiv und konstruktiv mitarbeiten.

Vernunft braucht Ihre Stimme – am 7. Juni 2009 Ihre Stimme für uns!

Ihre Kandidaten und Kandidatinnen der Liste Klose FBI



Name	Hans-Werner Klose
Alter	59 Jahre
Wohnhaft	Brüder Grimm Straße 44 55218 Ingelheim am Rhein (Frei Weinheim)
Geboren in	Bad Kreuznach
Telefon	(0 61 32) 82 21
Beruf	Diplom-Betriebswirt
Familienstand	Verheiratet, zwei erwachsene Söhne



Name	Gerhard Albrecht
Alter	61 Jahre
Wohnhaft	Obentrautstraße 68 55218 Ingelheim am Rhein (Großwinternheim)
Geboren in	Ingelheim am Rhein
Telefon	(0 61 32) 4 35 50
Beruf	Vereidigter Buchprüfer und Steuerberater
Familienstand	Verheiratet, eine erwachsene Tochter



Name	Wolfgang Weitzel
Alter	55 Jahre
Wohnhaft	Weimarer Straße 30 55218 Ingelheim am Rhein
Geboren in	Ingelheim am Rhein
Telefon	(0 61 32) 7 13 53 00
Beruf	Gewerbeamtsrat, Dipl. Ing. (FH) Elektrotechnik
Familienstand	Vergehen, vier erwachsene Kinder



Name	Erwin Menk
Alter	50 Jahre
Wohnhaft	Brüder Grimm Straße 30 55218 Ingelheim am Rhein
Geboren in	Ingelheim am Rhein
Telefon	(0 61 32) 8 77 54
Beruf	Fahrschulinhaber (Dipl. Pädagoge)
Familienstand	Drei schulpflichtige Söhne



Name	Doris Erb
Alter	58 Jahre
Wohnhaft	Wackernheimer Straße 17 55218 Ingelheim am Rhein
Geboren in	Mainz
Telefon	(01 71) 54 79 638
Beruf	Diplom-Betriebswirt und Versicherungskaufmann
Familienstand	Nicht (mehr) verheiratet



Name	Heinz Dieter Grunow
Alter	50 Jahre
Wohnhaft	Max-Planck-Straße 5 55218 Ingelheim am Rhein
Geboren in	Ingelheim am Rhein
Telefon	(0 61 32) 7 52 93
Beruf	Elektromeister (selbständig)
Familienstand	Ledig



Name	Volker Kacmaczyk
Alter	48 Jahre
Wohnhaft	An der Burgkirche 4 55218 Ingelheim am Rhein
Geboren in	Pirmasens/Pfalz
Telefon	(0 61 32) 4 41 99 65
Beruf	Geschäftsführer
Familienstand	Verheiratet, zwei Töchter



Name	Bernd Schmelzeisen
Alter	42 Jahre
Wohnhaft	Am Landgraben 11 55218 Ingelheim am Rhein
Geboren in	Oberwesel
Telefon	(0 67 25) 64 40
Beruf	Angestellter
Familienstand	Verheiratet

...für die Kommunalwahl am 7. Juni 2009



Name	Max-Dieter Höhler
Alter	61 Jahre
Wohnhaft	Die Bein 4 55218 Ingelheim am Rhein
Geboren in	Frankfurt am Main
Telefon	(0 67 25) 16 72
Beruf	Lehrer Oberstleutnant der Reserve
Familienstand	Verheiratet, eine Tochter (Rotweinprinzessin 2008)



Name	Theda Janßen
Alter	40 Jahre
Wohnhaft	Stiegelgasse 58c 55218 Ingelheim am Rhein
Geboren in	Jade am Jadebusen (Niedersachsen)
Telefon	(0 61 32) 43 32 77
Beruf	Mathematik- und Physikstudium (Gymnasiallehramt) an der Universität Oldenburg, angestellt als Statistische Programmiererin bei Boehringer Ingelheim
Familienstand	Vergeben



Name	Antje Heinrichs
Alter	43 Jahre
Wohnhaft	An der Griesmühle 41 55218 Ingelheim am Rhein
Geboren in	Mainz
Telefon	(0 61 32) 4 09 16
Beruf	Kommunikationsfachwirtin, Ladenbesitzerin
Familienstand	Verheiratet, vier Kinder



Name	Martin Heinrichs
Alter	44 Jahre
Wohnhaft	Griesmühle 55218 Ingelheim am Rhein
Geboren in	Mainz
Telefon	(0 61 32) 18 19
Beruf	Landwirt und Kaufmann
Familienstand	Verheiratet, vier Kinder



Name	Andreas Stump
Alter	40 Jahre
Wohnhaft	Stiegelgasse 58c 55218 Ingelheim am Rhein
Geboren in	Trier
Telefon	(0 61 32) 43 32 77
Beruf	Diplom-Biologe Geschäftsführer
Familienstand	Vergeben



Name	Günther Christ
Alter	55 Jahre
Wohnhaft	Aufhofstraße 5 55218 Ingelheim am Rhein
Geboren in	Ingelheim am Rhein
Telefon	(0 61 32) 7 54 14
Beruf	Elektronikmeister, Firmeninhaber
Familienstand	Ledig



Name	Claudia Wenger
Alter	52 Jahre
Wohnhaft	Präsident-Mohr-Straße 2 55218 Ingelheim am Rhein
Geboren in	Ingelheim am Rhein
Telefon	(0 61 32) 7 30 18
Beruf	Bankkauffrau
Familienstand	Geschieden, ein Sohn im schulspflichtigen Alter



Vernunft braucht Ihre Stimme – am 7. Juni 2009 Ihre Stimme für uns!

Viele Verkehrsunfälle in Ingelheim mit Schwerverletzten

Mehr als 600 polizeilich erfasste Verkehrsunfälle jährlich im Stadtgebiet von Ingelheim, dazu eine große Dunkelziffer von Verkehrsunfällen, die nicht gemeldet wurden und eine große Anzahl von „Fast-Unfällen“. Neben den materiellen Schäden sind jährlich in ca. 100 Fällen körperliche Schäden (Leichtverletzte, Schwerverletzte bzw. Unfalltod) hervorgerufen worden.

In einer Untersuchung der Lokalen Agenda Verkehrsentwicklung (Moderatoren: Markus Weingärtner und Erwin Menk (Liste Klose FBI) wurden alle Unfälle mit Schwerverletzten oder Verkehrstoten im Stadtgebiet von Ingelheim untersucht, die sich im Zeitraum von 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2007 ereignet ha-

ben. (Unter den Begriff „schwerverletzt“ fällt jede Körperverletzung, die einen stationären Krankenhausaufenthalt von mindestens einem Tag notwendig macht). Insgesamt waren es in dem Zeitraum 49 Unfälle, bei denen zwei Verkehrstote und 50 Schwerverletzte zu beklagen sind. Auffällig ist die hohe Anzahl der Beteiligung von Radfahrern. Insgesamt waren 17 Mal Radfahrer beteiligt (34,7%). In neun Fällen waren motorisierte Zweiradfahrer beteiligt (18,4%).

Diese insgesamt mehr als 50 Prozent der Unfälle mit „Zweiradbeteiligung“ verdeutlichen, dass gerade Zweiradfahrer besonders gefährdet sind.

Gefahrenstellen in Ingelheim

Aus den bisherigen Ausführungen werden nur die Unfallstellen ersichtlich, wo Unfälle zu tödlichen oder schweren Verletzungen führten. Des Weiteren gab es noch viele Unfälle, die zu leichten Personenschäden führten bzw. sog. Fastunfälle. Ziel für eine Verbesserung der Verkehrssicherheit muss es sein, solche Gefahrenpunkte ausfindig zu machen und notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Prinzipiell sind Kreuzungen als Unfallschwerpunkte bekannt. In Ingelheim sind dabei folgende Unfallgefahrenpunkte erwähnenswert:

- Autobahnabfahrt Ingelheim-West und Zuführung zur B41
- Kreuzung Konrad-Adenauer-Straße/Rheinstraße
- Einmündung Nahering/Rheinstraße
- Kreuzung Binger Straße/Rheinstraße
- Einmündungen in die L428 (neu) für alle Kreuzungen mit „Rechts-vor-links-Regel“
- Fußgängerüberwege
- Qualität der Straßenbeläge im Allgemeinen

Aus der vorgenannten Unfallstatistik geht klar hervor: drei Unfälle an der Einmündung Mühlborn, ein Unfall Einmündung Neuweg und kein einziger Unfall aus der Einmündung Altengasse. Bedingt durch den Kreisverkehr an der Einmündung Altengasse wird der durchgehende Verkehr auf der L428 (neu) zu einer Verminderung der Geschwindigkeit gezwungen, während an den Einmündungen Mühlborn und Neuweg der Durchgangsverkehr auf der L428 (neu) mit 70 km/h vorbei fährt.

Mögliche Maßnahmen

Ortsschild „Ingelheim“ ca. 400 m südlich vor die Einmündung „Mühlborn“ zu versetzen oder/und am Mühlborn und Neuweg den in die L428 (neu) einfahrenden Verkehr mit einem Stopp-Zeichen erst zu einem Anhalten zu zwingen.

Am Neuweg wurde Anfang 2009 ein Stopp-Schild installiert, die Zukunft wird zeigen, ob nun an dieser Stelle weniger Unfälle zu registrieren sind.

Dringlichkeitsmaßnahmen

Aus den bisherigen Ausführungen lässt sich entnehmen, dass verschiedene Maßnahmen relativ kostengünstig und unbürokratisch umzusetzen wären. Im Einzelnen wären hier beispielhaft besonders hervorzuheben:

- Versetzen von Verkehrszeichen
- Anbringung eines Stopp-Schildes vor der L428 am Mühlborn
- Entfernung oder Versetzung irreführender Verkehrszeichen
- Schnellstmögliche Umsetzung der 30er-Zonen ohne große Verkehrsschikanen wie z. B. in der Rotweinstraße
- Entflechtung des Kreuzungsbereiches Konrad-Adenauer-Straße/Rheinstraße durch den von uns bereits früher geforderten Kreisverkehr
- Verbesserungen für den Radverkehr

Fazit: Von 28. bis 30. März 2003 fand in Ingelheim die Zukunftskonferenz „Zukunft gemeinsam gestalten – unser Leitbild 2012“ statt. Ein Arbeitskreis beschäftigte sich mit der Zukunft der Mobilität in Ingelheim. Während einige Punkte sich gerade in der Umsetzungsphase befinden (z. B. flächendeckende Tempo-30-Zonen), muss man feststellen, dass bei dem Punkt „dauerhafte Sicherheits- und Präventionsmaßnahmen“ verstärkte Anstrengungen notwendig sind.

Die Liste Klose FBI – Freie Bürgerliste Ingelheim, hat sich zum Ziel gesetzt, dabei mitzuhelfen, die Verkehrssicherheit in Ingelheim langfristig zu verbessern.

Erwin Menk



Eine gravierende Benachteiligung erfahren wir in Ingelheim-West durch die Schließung unseres Edeka-Marktes. Obwohl der Oberbürgermeister und die die Verwaltung tragenden Parteien sich immer um eine stadtteilnahe Versorgung der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet sehen, wurde dem Edeka-Markt eine von diesem beab-

Die stadtteilnahe Versorgung geopfert

sichtigte notwendige Ausdehnung auf das benachbarte städtische Grundstück nicht ermöglicht. Dieses benachbarte Grundstück stand durch die Verlagerung des DRK zur Verfügung und hätte für unseren Edeka-Markt eine gute, tragfähige Zukunftsperspektive bedeutet.

Schon damals wurde der Edeka-Markt in West dem geplanten zentralen Frischemarkt im Zentrum ebenso wie das Haus der Jugend geopfert, um den zentralen Frischemarkt vor künftiger Konkurrenz zu bewahren. Dabei wäre es im Sinne stadtteilnaher Versorgung mit Lebensmitteln doch geboten gewesen, unseren Edeka-Markt zu erhalten. Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger von Ingelheim West blieben leider auch hier außen vor und wurden den Interessen des Investors für die Bebauung an der Georg-Rückert-Straße untergeordnet!

Alfred Zielinski

Bildungsangebot weiter ausbauen!

Bereits bei dem viel diskutierten Schulingtausch, welcher den Verlust der Kaiserpfalz-Realschule für Ingelheim bedeutet hätte, setzte sich die Liste Klose FBI – Freie Bürgerliste Ingelheim mit all ihren Kräften für den Erhalt dieser Schulform in Ingelheim ein. Die Anträge der SPD-Fraktion zur Lehrmittelfreiheit in den letzten Jahren war für uns ebenso ein Schritt in die richtige Richtung und wurde unterstützt. Wir wären dabei gerne noch einen Schritt weiter gegangen und hätten allen Schülern an Ingelheimer Schulen die Lehrmittelfreiheit gewährt. Dieser Vorschlag von uns fand leider keine Mehrheit.

Bereits 2007 führte unsere Fraktion mit der Schulleitung des SMG (Sebastian-Münster-Gymnasiums) ein Gespräch, in dem die Probleme der Schule angesprochen wurden. Bereits zu dieser Zeit wurde von uns die Möglichkeit eines internationalen Schulzweiges am SMG diskutiert, da wir dies als unabdingbare Voraussetzung für die Standortsicherung von Boehringer Ingelheim ansehen. Diese Einschätzung wurde bei der diesjährigen Pressekonferenz von Boehringer Ingelheim bestätigt. In dieser Veranstaltung verwies Hubertus von Baumbach als Mitglied der Geschäftsführung auf die Notwendigkeit des Ausbaus unserer Bildungseinrichtungen in diese Richtung.

Die Gründung der Internationalen Bilingualen Montessorischule Ingelheim im Spätjahr 2008 wurde von uns von Anfang an begleitet. Wir unterstützen den Förderverein so weit uns dies möglich ist, da wir diese Schule mit dem völlig anderen aber anerkannten pädagogischen Konzept als wichtige Ergänzung für das Bildungsangebot in Ingelheim sehen. Die großen Fraktionen des Stadtrates sehen dies aber nicht so und damit ist eine Unterstützung des Fördervereins bei der Schulgründung bisher nicht erfolgt. Die Schule benötigt dringend ein Schulgebäude zum Start ins Schuljahr 2009/2010, was Ihnen unsere Verwaltung trotz der vielen Liegenschaften im Besitz der Stadt, nicht zur Verfügung stellen wollte.

Es wurde zwischenzeitlich eine Liegenschaft in Heidesheim-Uhlerborn als Zwischenlösung gefunden. Klares Ziel der Montessori Schule ist jedoch ein fester Standort in Ingelheim. Hier sind die Fraktionen des Stadtrates aufgerufen, die Verwaltung mit den entsprechenden Aufträgen zum Handeln zu bringen.

Wolfgang Weitzel



Stau in der Konrad-Adenauer-Straße

Geänderte Verkehrsführung am Autobahnanschluss Ingelheim-West!

Die vom Landesbetrieb Mobilität durchgeführte Verkehrsplanung und Umsetzung an dem Autobahnanschluss Ingelheim-West wird von uns seit Beginn nicht akzeptiert. Leider sind wir mit unserem Vorschlag, den Anschluss als Acht auszubauen und somit einen kreuzungsfreien Verkehr zu ermöglichen, bisher nicht gehört worden. Nachdem die Ampelanlagen umgesetzt sind, wird das Problem erkannt, welches wir bereits bei der Planung gesehen haben. Hier kommt es nicht nur an den Anschlussstellen, sondern auch auf der Rheinstraße und der Konrad-Adenauer-Straße zu sehr großen Staus während des Berufsverkehrs.

Wir fordern bei der weiteren Planung des Ausbaus einen Kreisell an der Kreuzung Konrad-Adenauer-Straße/Rheinstraße. Nur so sehen wir einen reibungsloseren Verkehr auf diesen beiden

Verkehrsachsen gegeben. Zusätzlich zu dieser Maßnahme müsste der von uns angeregte Ausbau des Autobahnanschlusses West als Acht mittelfristig umgesetzt werden, um den Stop-and-go-Verkehr an den Ampeln zu beseitigen.

Nach der Umsetzung der Planungen der Firma Boehringer Ingelheim mit Schließung der bisherigen Tore und Schaffung eines zentralen Zuganges zum Werksgelände von der Konrad-Adenauer-Straße (Kreisell Max-Planck-Straße) aus, wird sich die Belastung des Kreuzungsgebietes weiter drastisch erhöhen.

Den von der SPD wieder aufgegriffene Vorschlag für einen weiteren Autobahnanschluss Ingelheim-Mitte werden wir unterstützen, da wir hier ebenfalls eine Chance sehen, die Belastung in Ingelheim-West zu vermindern.

Wolfgang Weitzel



Zufahrt von der Rheinstraße zur Autobahn

Drei Etagen hohe Baumpracht oder Vereckelscher gewünscht?



Beträchtlich ausgedünnte Pappelallee am Leinpfad in Ingelheim

So – oder so? hieß die Annonce zum Aufrütteln der Bürger zum Thema Filetstück in unserer ersten Bürgerinitiative 2004. In der AZ und dem Wochenblatt sahen Sie alternative Ideen zum Stadtbild von der Künstlerin Katharina von Saalfeld: eine Gegenüberstellung von hübsch und hässlich.

Ein „l(i)ebenswertes Ingelheim“ sollte daraus werden. Die Bürger fühlten sich angesprochen und riefen im Rathaus an.

Sie wollten sich für die Version mit Bäumen, Platz, Brunnen und Wandelgängen, angelehnt an die alte Winzerhalle, im Stil des 19. Jahrhunderts entscheiden.

Der Stadtrat bügelte Unterschriftenlisten und die Versammlung samt Argumente der Initiative sofort nieder: „Wir wollen doch keine Burg mit Zinnen bauen! So ein Unsinn!“

Die Bildchen bauen wollten wir auch nicht. Frau von Saalfeld zeigte in vier Ver-

sionen nur die vielfältigen Möglichkeiten einer künstlerischen und architektonischen Gestaltung als Diskussionsgrundlage auf.

Der Geschmack der Ingelheimer Bürger war vor fünfzig Jahren der Mode schon voraus: „Neubauten im Stil alter Vorbilder“ war ein Seiten füllender Artikel am 25. April 2009 im Hamburger Abendblatt. Dort wurden Architekten vorgestellt, die Neubauten im klassischen Stil – auf Wunsch der Hamburger Bürger – in der Innenstadt verwirklichten.

Das gibt es in kleiner Ausführung auch in Ingelheim-Großwinternheim: Wenn Sie durch das mittelalterliche Tor der Obentrautstraße 10 schauen, sehen Sie ein neues KfW-40-Haus mit Geothermie, anstelle des von der Stadt abgerissenen, historischen Kelterhauses. Es ist mit den 200 Jahre alten Ziegeln der Burg Stardeck gedeckt und die Front mit einer Bruchsteinfassade verziert.

Des Leinpfads Zierde, die Pappelallee, wurde von der Mole bis zur Anglerklause beträchtlich ausgedünnt. Auch große, einzelne Parkbaumschönheiten fielen der Axt zum Opfer.

Aber nicht nur am Rhein fehlen zusehends Bäume: Neben der Apsis der Saalkirche wurde der wohl größte und schönste Hollunderbaum, der es allein in hundert Jahren auf eine ungewöhnliche Breite von zehn Metern und Eichbaumstammstärke gebracht hatte, ein Raub der Parkplätze und Betonpflanzröhren, die keinen überbordenden Wuchs zulassen werden.



Auch die Patenschaft einer engagierten Boehringer-Tochter konnte ihn nicht retten. Die Baumpracht auf den von der Stadt präsentierten Bauentwürfen des Filetstücks wird so nie entstehen: Auf Tiefgaragen bedarf es besonderer Pflanz- und Bewässerungsbedingungen, um solch drei Etagen hohe Bäume, statt kleiner „Vereckelscher“ zu bekommen. Diese großzügige Bepflanzung, berichten uns Baumschulexperten, kostete bis zu einer Million Euro, die wohl kein Investor für uns ausgeben wird. Man wird sich also, wenn überhaupt, nach 10 bis 20 Jahren mit einer maximalen Baumgröße wie bei der Kreisverwaltung zufriedengeben müssen.

Dr. Dr. Roswitha Ritter



Betonpflanzröhren bei der Saalkirche lassen keinen überbordenden Wuchs zu

Einfluss der Bildung auf die Wirtschaft!

Wir Ingelheimer Bürger sind alle froh darüber unsere Stadt in einer sehr guten finanziellen Situation zu wissen, was wir in erster Linie den hohen Gewerbesteuer-einnahmen durch das ortsansässige Pharmaunternehmen Boehringer Ingelheim zu verdanken haben.



Diese Firma hat sich seit seiner Gründung durch Albert Boehringer (1885) zu einem weltweit erfolgreichen Familienunternehmen, also zu einem so genannten „Global Player“ entwickelt,

der seine Firmenzentrale nach wie vor im Heimatstandort beibehält. Wir von der Wählergemeinschaft Liste Klose FBI haben diese Standortsicherung auch für die Zukunft zu unserem Ziel erklärt.

Mit der Entwicklung eines Unternehmens zu dieser Größenordnung müssen zwangsläufig auch die Anforderungen an den jeweiligen Standort wachsen. Das bedeutet unter anderem, dass die Stadt Ingelheim für die aus sämtlichen Regionen des Landes stammenden Fachleute bis hin zu den aus dem Ausland kommenden Führungskräften des höheren Managements an Attraktivität gewinnen muss.

Einen besonders wichtigen Punkt sehen wir im Bildungssektor und fordern daher die Einrichtung einer internationalen Schule, in welcher der Unterricht

mehrsprachig erfolgt und international anerkannte Schulabschlüsse erlangt werden können. Eine solche Einrichtung wurde auch durch Vertreter des Unternehmens in jüngsten Gesprächen mit der Boehringer Geschäftsleitung als notwendige Infrastruktur eines weltweit agierenden Unternehmens am zentralen Heimatstandort angemahnt.

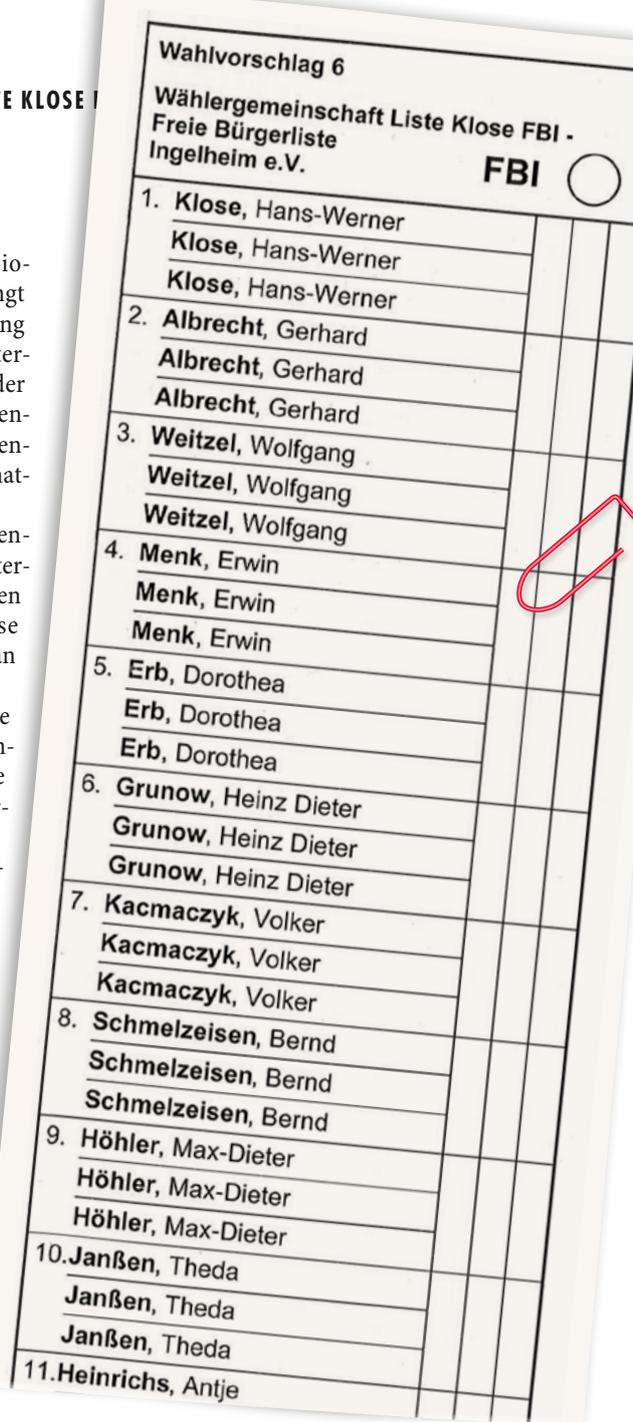
Auch den Ingelheimer heranwachsenden Generationen käme solch eine internationale Schule sehr zugute, gewinnen doch gute Fremdsprachenkenntnisse auf dem Arbeitsmarkt zunehmend an Bedeutung.

Des Weiteren setzt sich die Liste Klose FBI für eine Internationale Bilinguale Montessori Schule ein, welche alle Abschlüsse im Rahmen einer integrierten Gesamtschule abdeckt.

Abgesehen von der Bildungssituation in Ingelheim gibt es aber noch weitere erwähnenswerte Ansatzpunkte zur Erhöhung der Attraktivität dieses Standortes. Hier sind die im Zusammenhang mit der Zentrumsplanung von der Liste Klose FBI geforderte Kultur- und Kongresshalle sowie der Bau eines Hotels im Zentrum in Verbindung mit einem ansprechenden Stadtbild zu erwähnen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, schenken Sie uns am 7. Juni Ihr Vertrauen und Ihre Stimme, um die Geschicke Ingelheims in vernünftige Bahnen zu lenken.

Theda Janßen



Energie für Ingelheim muss sicher und bezahlbar bleiben

Energie muss sicher und bezahlbar bleiben, deshalb sollte Ingelheim eine weitgehend vom Weltmarkt losgelöste Energieversorgung anstreben.

Wir von der Liste Klose FBI – Freie Bürgerliste Ingelheim, sehen großes Potenzial in einer möglichen Kooperation der Stadt Ingelheim, der Rhein Hessischen und dem Werk Boehringer. Schon jetzt betreibt Boehringer Ingelheim ein Kraftwerk, welches ausschließlich durch die Verbrennung von Holzabfällen Energie erzeugt. Die Kapazität dieser Anlage erzeugt doppelt so viel Strom wie die Privathaushalte und die außer Boehringer noch in Ingelheim angesiedelten Gewerbebetriebe verbrauchen. Die beim Produktionsprozess entstehende Wärme kann darüber hinaus in einem Fernwärmenetz bestens für Heizzwecke genutzt werden.

Boehringer plant den Bau einer zweiten Anlage. Hier sehen wir den Ansatz, dass sowohl die Stadt Ingelheim, als auch die Rhein Hessische (55,59% des Stammkapitals hält die Stadt Ingelheim) sich sowohl finanziell als auch mit „Know-how“ in das

Vorhandene Energiequellen bündeln

Projekt einbringen und die Grundversorgung der gesamten Stadt durch diese Anlagen anstreben. Die Liste Klose FBI hat entsprechende Anträge über ihren Sitz im Aufsichtsrat der Rhein Hessischen bereits vor einiger Zeit eingebracht. Die Liste Klose FBI setzt weiter auf die innovative Weiterentwicklung und den umweltfreundlichen Einsatz von Windkraft, Solar- und Fotovoltaiktechnik sowie auf die Nutzung von Biogas.

Voraussetzung für die Realisierung einer solchen gleichzeitig umwelt- und benutzerfreundlichen Energiepolitik ist die Bündelung der vorhandenen Kräfte und die konsequente Nutzung nachhaltiger Energiequellen. In einem nächsten Schritt kann sicherlich die Ausweitung einer solchen Energiepolitik auf Kreis-ebene angedacht werden. Wählen Sie am 7. Juni 2009 eine sichere und bezahlbare Energieversorgung für Ingelheim!



Bernd Schmelzeisen

Für Wegfall der Bahnschranke in West

Leider nicht aufgegriffen wurde von der Stadtverwaltung und den übrigen Parteien des Stadtrates ein für uns in Ingelheim-West sehr großes Ärgernis.

Unser Antrag zum Haushalt 2009 zur Beseitigung des Bahnübergangs Posten 24 an der Leipziger Straße wurde durch die Stadtverwaltung und allen anderen Fraktionen im Stadtrat abgelehnt. Obgleich die Stadtverwaltung aufgrund ihrer finanziellen Ausstattung dazu in der Lage wäre, werden unseren Kindern und uns weiterhin die meistens über längere Zeit geschlossenen Schranken zugezogen. Die Gefahr, dass insbesondere die Kinder wegen der langen nicht verständlichen Wartezeit versuchen, die Schranken zu umgehen, wird bewusst in Kauf genommen.

Wir bleiben jedoch weiter am Ball und werden bei nächster Gelegenheit erneut eine städtische Initiative zur Beseitigung des Bahnübergangs Posten 24 beantragen!

Wolfgang Weitzel



Bahnübergang in Ingelheim West

Impressum

Herausgeber

Liste Klose FBI – Freie Bürgerliste Ingelheim e.V.
Brüder-Grimm-Straße 44, 55218 Ingelheim
Telefon (0 61 32) 82 21
E-Mail: info@liste-klose.de

Redaktion

Wolfgang Weitzel, Alfred Zielinski

Herstellung

mayart GmbH, Ingelheim
Ingelheim, Juni 2009



Parken in der Karlstraße (Saalgebiet Ingelheim)

Anwohnergerechter Ausbau des historischen Saalgebietes!

Die Liste Klose FBI – Freie Bürgerliste Ingelheim hat in der öffentlichen Sitzung zum Ausbau des Saalgebietes für den Saalplatz und den Zuckerberg die Entscheidung der Verwaltung nicht mitgetragen. Im Rahmen der Beratungen wurde aufgrund der Erfahrungen mit dem Ausbau der Sebastian-Münster- und Karlstraße deutlich gemacht, dass nach der Fertigstellung des gesamten Ausbaus und der Einrichtung des verkehrsberuhigten Bereiches die Anzahl der markierten Parkplätze noch nicht einmal für die Hälfte der vorhandenen Fahrzeuge der Anwohner ausreichen wird. Ein Abstellen der Fahrzeuge außerhalb der Markierungen ist nach Straßenverkehrsordnung im verkehrsberuhigten Bereich nicht zulässig und wird mit einem Bußgeld geahndet.

Die von uns eingebrachte Anfrage zu den Stellplätzen im vorgesehenen Ausbau Saalplatz und Zuckerberg wurde von der Verwaltung dahin gehend beantwortet, dass die Anzahl der vorhandenen Wohnungen nicht bekannt sei und die Zählung an einem Abend um 20 Uhr zehn Fahrzeuge ergeben hat. Unsere daraufhin durchgeführten Zählungen über acht Tage zwischen 21 Uhr und 22 Uhr ergaben 21 bis 28 Fahrzeuge.

Da in diesem Bereich 13 Stellplätze von der Verwaltung eingezeichnet werden, ist heute schon abzusehen, dass die vorhandenen Stellplätze für die Anwohner bei Weitem nicht ausreichen werden. Dieses Problem lässt sich in den Abendstunden ebenfalls in der Sebastian-Münster- und Karlstraße feststellen.

Die Liste Klose FBI – Freie Bürgerliste Ingelheim, tritt dafür ein, dass diese Planung hier anwohnerfreundlich geändert wird und die Verwaltung dafür eine Lösung sucht.

Von den Anwohnern des Saalgebietes wurde außerdem die Kritik an uns herangetragen, dass auf dem bisher verlegten Granitpflaster in der Karl- und Sebastian-Münster-Straße das Gehen für ältere Menschen beschwerlich ist und mit Gehhilfen oder Rollstühlen der Bereich ohne Hilfe von Dritten nicht begangen/befahren werden kann. Diese Kritik haben wir in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses angesprochen und die Verwaltung hat uns die Prüfung zugesagt, wie dieser Zustand durch weitere technische Maßnahmen verbessert werden kann. Hier werden wir am Thema bleiben, um möglichst zeitnah eine Verbesserung zu erreichen.

Wolfgang Weitzel



Unterwegs mit spitzer Feder für die gerechte Sache: Liste Klose FBI